

Engels-Konferenz der Universität Wuppertal

Wuppertal, 19. bis 21. Februar 2020

Wuppertal hat aus Anlass des 200. Geburtstags von Friedrich Engels am 28. November ein „Engels-Jahr“ mit umfangreichem Programm ausgerufen; lt. Programmübersicht der Stadt („Engels 2020: Denker – Macher – Wuppertaler“) sind mehr als hundert kleine und große Veranstaltungen geplant.¹

Als erste große Tagung fand vom 19.-21. Februar an der „Bergischen Universität“ eine von der DFG geförderte Konferenz mit etwa 60 Vortragenden aus 15 Ländern statt unter dem Titel „Friedrich Engels: Die Aktualität eines Klassikers – The Timeliness of a Historic Figure“. Nun sind Konferenzen zu Ehren von Friedrich Engels in dessen Geburtsstadt schon seit langem nichts Ungewöhnliches. Vor 50 Jahren z.B. gab es neben einer Ausstellung der Stadt² auch eine wissenschaftliche Konferenz, an der rd. 50 Forscher aus 13 Ländern, darunter der DDR, teilnahmen³, sowie eine „internationale theoretische Konferenz“ unter dem Titel „Friedrich Engels. Denker und Revolutionär“, die die DKP veranstaltete.⁴ Es kommt insofern auf die Akzente an, die gesetzt werden. In der Hinsicht kommen die Veranstalter der Tagung der Wuppertaler Uni im Programmheft auch gleich zur Sache, wenn sie Engels' Aktualität mit seinen „Forderungen nach einer lebendigen Demokratie, die den sozialen Verwerfungen eines aus den Fugen geratenen Kapitalismus Einhalt gebietet“⁵, begründen. Das klingt vielversprechend, entspricht bei näherem Hinsehen aber in etwa dem Tenor, mit dem Willy Brandt vor 50 Jahren am Vorabend des Engels'schen Geburtstags in Wuppertal auftrat und erklärte, das Erbe von Engels und Marx sei am besten bei denen aufgehoben, „die ohne Dogma daran festhalten, daß es die menschliche Gesellschaft zu humanisieren gilt“.⁶ Die Gesellschaft „ohne Dogma“ zu „humanisieren“ hieß und heißt natürlich Verzicht auf den Revolutionär Engels und Verzicht auf Reflexion darüber, wie heute eine Demokratisierung aussehen und befördert werden könnte, die über den Kapitalismus hinausweist. Insofern war

¹ https://www.wuppertal.de/microsite/engels2020/medien/bindata/Programmheft_Engels2020.pdf. Da ein Teil dieser für Frühjahr und Sommer geplanten Veranstaltungen wegen der Corona-Pandemie ausfallen bzw. verschoben werden muss, wird das „Engels-Jahr“ bis ins erste Quartal 2021 verlängert.

² Friedrich Engels 1820-1895. Leben und Werk. Eine Ausstellung der Stadt Wuppertal, bearbeitet von Dieter Dowe. Hrgg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1970.

³ Hans Pelger (Hrg.), Friedrich Engels: 1820 - 1970. Referate, Diskussionen, Dokumente. Internat. Wiss. Konferenz in Wuppertal vom 25. - 29. Mai 1970. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 85, Hannover 1971.

⁴ Friedrich Engels – Denker und Revolutionär. Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, veranstaltet von der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. und 29. November 1970 in Wuppertal, Frankfurt am Main 1971.

⁵ Tagungsprogramm, S. 4. Vgl. auch www.Engels2020.uni-wuppertal.de

⁶ Willy Brandt, Friedrich Engels und die soziale Demokratie: Rede zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels in Wuppertal, Bonn-Bad Godesberg 1970, S. 29. Der Broschüre wurde zum richtigen Verständnis auch Auszüge aus dem Münchener Abgrenzungsbeschluss des SPD-Parteirats „Sozialdemokraten und Kommunismus“ vom November 1970 beigegeben, der den Berufsverboten vorausging.

es auch nicht verwunderlich, dass zur Wuppertaler Tagung zumindest aus der Bundesrepublik keine Marxistinnen und Marxisten eingeladen waren – einige kamen aber doch zu Wort, in der Diskussion und als workshop-Referenten, die sich (via call for papers) selbst eingeladen hatten – und dass auch die mit Engels und seinen Texten befassten Experten der MEGA-Edition nicht präsent waren. Der Tagungsorganisator, der Wuppertaler Philosoph *Smail Rapic*, sagte auf entsprechende Rückfrage, „hier habe sich nichts ergeben“.

Bei der Tagung wechselten sich morgendliche Plenarvorträge mit nachmittäglichen Vorträgen in fünf parallel laufenden Sektionen ab. Es liegt auf der Hand, dass hier nur einige Streiflichter geboten werden können.

Den – man muss es sagen: positiv überraschenden – Eröffnungsvortrag hielt *Wolfgang Streeck* (ehem. Direktor MPI für Gesellschaftstheorie, Köln), in dem er sich mit dem zu Lebzeiten hoch angesehenen Militärtheoretiker Engels befasste. Streeck, der sich selbst als Erforscher von „Triebkräften komplexer Gesellschaften der Gegenwart“ vorstellte, sieht in Engels mit seiner Theorie von Staat und Politik den „Begründer einer eigenständigen Seitenlinie der materialistischen Geschichtsauffassung“, die Anregungen für heute enthalte. Marx sei nicht uninteressiert an Krieg und dessen Funktion in der Geschichte gewesen – Streeck verwies auf die Formulierung im „Kapital“ von der Gewalt als „Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“ –, habe sich aber auf den Empiriker Engels verlassen. Der sollte ein entsprechendes Kapitel fürs „Kapital“ beisteuern, unterließ das aber. Engels habe sich für die Unwägbarkeit des Kriegsausgangs interessiert, für den „Zufallsgenerator“ Krieg, für undogmatische Beobachtung neuer Phänomene. Im US-Bürgerkrieg habe er den „ersten modernen Krieg“ erkannt, die militärische Bedeutung der Pariser Commune untersucht und bis zum Ende seines Lebens 1895 das allgemeine Problem, wie Klassenkrieg in einem hochgerüsteten Staat mit stehendem Heer noch geführt werden soll. Das sei das „zentrale strategische Rätsel“ für Engels gewesen. Die Einsicht, welche eigene Entwicklungsdynamik die Militärtechnik entfalte, sei schließlich bestimmend geworden, bis hin zu der Warnung von 1888 vor einem „Weltkrieg“, der Europa „kahlfressen“ werde (MEW 21: 350). Bereits früh wies Engels, so Streeck, auf die Beeinflussung der Produktionsverhältnisse durch die Destruktivtechnik hin. Er studierte die Bewaffnung sämtlicher europäischer Armeen wie auch die Massenproduktion des Revolvers durch Samuel Colt in den USA – lange vor der Fließbandfertigung von Autos durch Henry Ford. Im 20. Jahrhundert, so Streeck, habe die „Verfügung über immer tödlichere Waffen“ zur „Hypertrophierung“, also Überernährung, des Staates geführt. Stand im 19. Jahrhundert der Klassenkrieg dem Staatenkrieg im Weg, sei der erstere im 20. zwar nicht verschwunden, aber vom Staatenkrieg stark beeinflusst: Mit der Atombombe im Arsenal hätten die USA versucht, die innere kommunistische Opposition im Westen auszuschalten, und schließlich den Zerfall der Sowjetunion herbeigeführt. Die Elektronisierung der Militärtechnik leitete nach Streeck eine neue Stufe der „Destruktionsverhältnisse“ ein: „Silicon Valley ist ein Ausfluss des US-Verteidigungsministeriums.“ Proteste gegen Krieg und Hochrüstung seien wichtig, aber Gewehre habe man umdrehen können, Server nicht. In der Commune kamen, zählte er vor, auf einen

getöteten Soldaten 30 Zivilisten, im Vietnamkrieg 50, bei der israelischen Operation „Gegossenes Blei“ 2008/2009 gegen den Gazastreifen 233 Zivilisten. Streck: „Engels hätte sich nicht gewundert.“ Nicht immer ging es in den folgenden Beiträgen, wie hier, um die „Aktualität“ von Engels.

Terrell Carver (Prof. f. pol. Theorie, Bristol) und *Carol Gould* (Philosophin, New York) sprachen im Anschluss über Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Carver – Autor u.a. von „The Postmodern Marx“ (1998) und „Engels before Marx“ (2020) – vertrat die Auffassung, Marx habe sich auf die Theorie der materiellen Produktion konzentriert, während Engels die Reproduktionstheorie und damit Kritik und Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen „hinzugefügt“ habe. Nun ist Marx und Engels seit der „Deutschen Ideologie“ (die Carver 2014 auf Englisch ediert hatte, wobei er als „Dekonstruktivist“ den Text-Charakter des Feuerbach-Abschnitts bestritt) die Auffassung von der „doppelten Produktion und Reproduktion des Lebens“ gemein – was Engels im „Ursprung“ explizit anmerkt und was im „Kapital“ kaum zu übersehen ist. Carver relativierte diesen Punkt auf Nachfrage dahingehend, dass diese Kongruenz von Marx und Engels seinerzeit nicht bekannt gewesen sei. Er registrierte Momente sozialdarwinistischer Rückprojektion von Engels auf die Vorgeschichte („Männerbild des 19. Jahrhunderts“) und konstatierte eine Tendenz zur „Naturalisierung“ der Geschlechterverhältnisse. Nicht weniger skeptisch als Carver äußerte sich *Carol Gould*, wenn auch mit ganz anderer Argumentation. Zwar konstatierte sie, dass Engels großen Einfluss auf die Entwicklung der feministischen Bewegung gehabt habe, beklagte aber dessen „ökonomistischen“ Zugang. Engels berücksichtige die reproduktive Sphäre gerade nicht. Was die Geschichte der Frauenunterdrückung betrifft, bezog sie sich auf Gerda Lerner, die (in ihrer „Geschichte des Patriarchats“) zu Recht feststellt, dass die Geschlechterverhältnisse der Frühgesellschaft vermutlich egalitär waren und Frauentausch der Entstehung des Privateigentums vorausgeht. Anregend sei Engels' Konzept der Vergesellschaftung der Care-Arbeit. Hier plädierte sie für ein „ethisches“ Konzept, das weder mit Staat noch Sozialismus verbunden sei. Gegenüber dem (Staats-)Sozialismus habe der bürgerliche Sozialstaat den Vorzug, dass er staatliche Finanzierung von Care-Arbeit nicht mir staatlicher Kontrolle verbinde. Die Marx-Engels'sche Dialektik sei zudem „maskulinisiert“ – es erfordere eine „feministische Dialektik“, in der ein über die Negation hinausgehendes „inklusives Moment“ enthalten sei. Unklar blieb auch in der Diskussion, ob Engels nun einen „dual system approach“ verfolgt habe oder in welchem Verhältnis er patriarchale und Klassen-Unterdrückung zueinander in der Geschichte sah.

In der zweiten Runde der Plenumsvorträge standen Fragen der Philosophie bei Engels im Mittelpunkt. Der US-Philosoph *Tom Rockmore* (ehedem Pittsburgh, jetzt Beijing), vorgestellt als Spezialist für deutschen Idealismus, warf Engels vor, er habe „Sein“ mit „Sein für sich“ verwechselt und sei einer fatalen Widerspiegelungstheorie gefolgt. Bemerkenswert dagegen der Vortrag von *Smail Ragic* (Wuppertal), der an der Bergischen Universität seit 2016 eine Workshop-Reihe

„Ways out of Capitalism?“⁷ organisiert. Rapic, der die Frage stellte „War Engels dialektischer Materialist?“, wies den Vorwurf zurück, Engels habe das Moment der Praxis in seiner Auffassung von dialektischem Materialismus vernachlässigt.

Rapic resümierte zunächst die Entwicklung des Begriffs „Dialektischer Materialismus“ bei Plechanow, Kautsky und Lenin. Plechanows Auffassung sei von den Bolschewiki übernommen worden, während Georg Lukács in „Geschichte und Klassenbewusstsein“ von 1923 mit seiner Berufung auf die erste Feuerbach-These von Marx den „westlichen Marxismus“ stark beeinflusst habe. Lukács habe dort gemeint, Engels ignoriere das in dieser These enthaltene Praxismoment der Erkenntnis, revidierte das aber 1967. Rapic folgte dieser Revision und legte dar, wie Engels *erstens* die materialistischen Züge des Hegelschen Systems betont habe: Es fülle sich mehr und mehr mit wissenschaftlichem Gehalt, also Materialismus. Dialektische Denkformen hätten auch für Engels keinen „rein empirischen Gehalt“, insofern wende sich Engels gegen den Positivismus. Unklar bleibe aber bei ihm der Ausgangspunkt von Erkenntnis. *Zweitens* habe Lenin die unversöhnliche Gegnerschaft von Materialismus und Idealismus betont. Er verzerre zur Begründung dieser These die Auffassungen von George Berkeley und Immanuel Kant: Keiner von diesen bestreite die Existenz einer unabhängigen Realität. Auch Engels differenziere hier und lege den Beweis für richtige Erkenntnis in Praxis und Experiment. Von zentraler Bedeutung sei hier die Übernahme des Standpunktes von Francis Bacon. *Drittens* habe Engels so die Dialektik als Einheit von Theorie und Praxis begriffen. Gesellschaft könne nach ihm nur in dem Maße gestaltet werden, wie wir sie kennen. Das, so Rapic, sei Fortsetzung von Bacon. Engels sei damit über den Standpunkt der mechanischen Kausalität hinaus und frage mit Hegel nach dem Wesen von Natur und Gesellschaft. Dieses Problem sei von Lenin und Stalin ignoriert worden. Engels habe „Werden“ sofort mit Natur identifiziert und weise mit seinem Herangehen auf die moderne Systemtheorie voraus. Er und Hegel bezögen sich positiv auf den Grundsatz des Spinoza: Die Welt ist Ursache ihrer selbst, *causa sui*. Wie für Marx konstituiere sich der Gegenstand der Erkenntnis für Engels allein durch Praxis, er bette dessen Entwurf in den dialektischen Materialismus ein, wobei für ihn die naturwissenschaftliche, experimentelle Praxis zur universellen Praxis werde. Jürgen Habermas knüpfe zwar in diesem Sinne an den historischen Materialismus an, verabschiede aber die Denkform der Dialektik.

Zwei Vorträge waren Engels' „Dialektik der Natur“ gewidmet. Während *Sven-Eric Liedman* (em. Prof. für Ideen-Geschichte, Uni Göteborg) sie „amateurhaft und positivistisch“ nannte, vertrat *Sean Sayers* (em. Prof. f. Philosophie, Uni Kent, und Begründer der online-Zeitschrift „Marx & Philosophy Review of Books“) die gegenteilige Ansicht. Engels wende sich konsequent gegen jeden Dualismus, der Mensch und Natur trenne, und gegen jeden mechanischen Materialismus zugunsten eines nicht-mechanistischen, nicht reduktivistischen und di-

⁷ Vgl. Fabian Anicker, *Jenseits des Kapitalismus. Ein Workshop über Zukunft im Zeichen der Krise*, in: Zeitschrift für Theoretische Soziologie. H. 1/2016, S 142-148.

alektischen Materialismus. Sayers demonstrierte dies geschichtlich an Engels Kritik und Aufnahme der zeitgenössischen Naturwissenschaften wie seinem Anknüpfen in der Naturfrage an Hegel. Engels These, dass alles Sein zugleich veränderlich sei und diese Veränderung von inneren Widersprüchen vorangetrieben werde, gelte für die Natur wie im sozialen Leben und Denken der Menschen. (Vgl. auch den Beitrag von Sayers in diesem Heft.)

Im dritten Vormittags-Plenum widmete sich der Wuppertaler Germanist *Wolfgang Lukas* Texten aus dem Jahrzehnt ab 1840, in dem als Reaktion auf die Pauperisierung Unterschichten zum Thema der Literatur wurden, bevor die nachrevolutionäre Ästhetik des Poetischen Realismus dem ein Ende bereitete. Er bezog sich auf Romane von Ernst Adolf Willkomm („Weisse Sklaven oder die Leiden des Volkes“, 1845) und Louise Otto Peters („Schloß und Fabrik“, 1846). In der in ihnen dargestellten Auseinandersetzung von Feudaladel, Fabrikherren und Arbeitern sei die Arbeiterklasse am wenigsten präsent und werde als vertiert und unsittlich dargestellt. Dies entspreche der Anklage von Engels in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, wo in biologisierender Metaphorik die Arbeiter als andere „Rasse“ erscheinen. Doch sei dies ein Sprachbild für völlige Ausgrenzung, weshalb bei Engels die Arbeiter zum Träger einer gesellschaftlichen Entwicklungsperspektive werden.

Micha Brumlik (Frankfurt/M.) konzentrierte sich in seinem Vortrag „Der deutsche Bauernkrieg und Thomas Müntzer bei Friedrich Engels und Ernst Bloch“ auf Blochs „Thomas Müntzer als Theologe der Revolution“ als Reaktion auf die kommunistische Niederlage in den Märzkämpfen 1921. Bloch ersetzte in diesem Text das Basis-Überbau-Modell von Marx und Engels durch ein Konzept revolutionärer Ergriffenheit, das zu einem Sieg der Idee führen könne. In dieser Sichtweise musste Engels' These, dass Müntzer im Verlauf der Kämpfe von einem frühkommunistischen Theoretiker zu einem chiliastischen Propheten in der Art des Alten Testaments wurde, rückweicherlich erscheinen. Brumlik interpretierte Engels' Absage an die Grausamkeiten der Bauernkrieger als Absage an die Revolution. Dem ließe sich jedoch entgegenhalten, dass Engels eine Revolution wollte, die Gewalt auf ein für den politischen Zweck nötiges Minimum reduzierte.

Prabhat Patnaik (em. Prof. für Wirtschaftswissenschaften der Uni Dehli) hob Engels' eigenständigen Beitrag zur Entwicklung der politischen Ökonomie hervor. Engels habe u.a. nachgewiesen, dass der kapitalistische Markt nicht ohne ein Außen existieren könne, und gezeigt, dass und wie die Schaffung eines äußeren Marktes zugleich die Zerstörung von dessen innerer Funktionsweise bewirke. Patnaik verwies auf aktuelle Prozesse des Aufstiegs von Schwellenländern und dessen Rückwirkungen auf die Zentren. Damit würden auch neue Perspektiven für sozialistische Politik eröffnet.

Themen der nachmittäglichen Sektionen waren Fragen der Erkenntnistheorie und Naturphilosophie, der Gesellschaftsgeschichte, der Politischen Ökonomie und Staatstheorie, der Theorie und Geschichte des Sozialismus und Kommunismus sowie Engels und Literatur. Auf sie kann hier im Einzelnen nicht eingegangen werden. Die Tagungsbeiträge werden veröffentlicht.

Die Tagung hatte weitgehend akademischen Charakter. Zu Wort kamen Anhänger des „anti-Engels camp“, wie es in der englischsprachigen Literatur genannt wird, ebenso wie Verfechter eines produktiven Umgangs mit Engels und ReferentInnen, für die Engels nur ein relativ beliebiger Bezug unter anderen ist. Immerhin bemerkenswert, dass eine DFG-geförderte Tagung heute Engels „innovative Ansätze ... von der Philosophie, Soziologie, Politischen Ökonomie und Geschichtswissenschaft bis zur Gender-Forschung und Ökologie“ attestiert und zu einer „Neubewertung seiner wissenschaftlichen Leistung und politischen Aktivitäten“ einlädt, wie Rapic in der Tagungseinladung formulierte. „Aktualität“ im Sinne von politischen Bezügen zu gegenwärtigen Auseinandersetzungen – globalisierter Kapitalismus, Naturverhältnis und Klimakrise, Ausbeutungsverhältnisse, Lohnarbeit und Kapital heute – war höchstens am Rande bzw. in Einzelfällen Thema. Auch die innermarxistischen Debatten um Engels Beitrag zur marxistischen Theorie spielten nur in wenigen Beiträgen eine Rolle. Das wird man nicht nur den Veranstaltern anlasten können. Das „Feuer der Auseinandersetzung“, in der Engels’ Aktualität wirklich zum Tragen kommt, setzt eben auch entsprechende Bewegungen voraus. Das zeigte in aller Eindringlichkeit der filmisch eingeblendete Mitschnitt einer Podiumsveranstaltung vom 28. November 1970 in Wuppertal: „Friedrich Engels. Ein Streitgespräch zwischen Wolfgang Abendroth, Iring Fetscher, Hermann Lübke, Josef Schleifstein, Wolfgang Leonhard, Johannes Agnoli und Lucio Lombardo Radice zum 150. Geburtstag des kommunistischen Theoretikers und Marx-Genossen“ (ARD, 2. Dezember 1970, 22.45 Uhr), bei dem die Kombattanten mit Verve, Kenntnis, großem politischen Engagement und Gegenwartsbezug stritten. Dieser „spirit“ ging der Konferenz völlig ab, hier wurde nur „über“ Engels gesprochen, nicht „mit“ ihm.

Kai Köhler, André Leisewitz, Arnold Schölzel

Holz-Tagung 2020: 150 Jahre Lenin

Konferenz der „Gesellschaft für dialektische Philosophie“, Berlin, 29. Februar 2020

Die jährlichen „Hans-Heinz-Holz-Tagungen“ werden von der „Gesellschaft für dialektische Philosophie“ (GfdP) veranstaltet. Nachdem sich die Tagung 2019 schwerpunktmäßig um Ästhetik gedreht hatte, wurde die diesjährige Tagung unter das Motto „150 Jahre Lenin“ gestellt – anlässlich des Jubiläumsgeburtstags des großen Revolutionärs am 22. April.

Die Konferenz (in den Räumen der „Hellen Panke“, Berlin, mit rund 70-80 Teilnehmern) begann mit einem Grußwort des GfdP-Vorsitzenden *Andreas Hüllinghorst*, der einen Bogen über das thematische Spektrum der folgenden Vorträge bis hin zur Gegenwart der fortdauernden allgemeinen Krise des Kapitalismus schlug. Im Zentrum stand die Verbindung Lenin-Holz, die sich unter anderem über das intensive Hegel-Studium Lenins vermittelte. Er hob die Feststellung Lenins hervor, dass ohne das Studium der Hegelschen Logik auch das Marxsche Kapital nicht begriffen werden könne. Die Gemeinsamkeit von Lenin und Holz liege vor allem

in der Auffassung von Begriffen als Widerspiegelung der Welt, mit denen die Möglichkeit zum verändernden Eingreifen in die Welt eröffnet wird.

Der Marburger Holz-Schüler *Michael Weingarten* sprach im ersten Vortrag über „Umkehren oder Rückkehren? Die Philosophie Hegels bei Marx, Lenin und Holz“. Sich auf die Feuerbachthesen stützend betonte er die Notwendigkeit, Marx als Dialektiker zu denken, da man sonst auch dem politischen Aspekt des Marxismus nicht gerecht werden könne. Dabei kritisierte er explizit den Verzicht auf Dialektik etwa bei dem linken Ökonomie-Theoretiker Michael Heinrich. Im Anschluss machte Weingarten seine zentrale These deutlich: Die Metapher, Hegel sei durch Marx „vom Kopf auf die Füße gestellt worden“, sei höchst problematisch. Stattdessen rückte Weingarten Hegel näher an die Traditionslinie Marx-Lenin-Holz heran und führte Anknüpfungspunkte wie etwa Hegels erstaunlich fortschrittlichen Produktionsbegriff an. Von Marx' sogenanntem „Methodenkapitel“ aus leitete Weingarten zu Hegels Theorie vom Selbstunterschied und schließlich zur Kategorie der Widerspiegelung bei Holz über. In der Diskussion erhielt Weingarten viel Lob, darunter emphatische Zustimmung seitens des Theologen *Dieter Kraft*. Einigkeit herrschte darin, Hegel nicht als „gewöhnlichen“ Idealisten zu nehmen, ohne dass noch hinreichend erörtert werden konnte, worin der Idealismus Hegels denn genau liegt.

In einem ungewöhnlichen Versuch präsentierte die Wiener Grundorganisation der GfdP ein kollektiv erarbeitetes Referat zu „Commune bonum und Revolution. Das Verhältnis von Bildung und Fortschritt bei Leibniz und Lenin.“ Entlang der vier Begriffe Freiheit, Bildung, Organisation und Fortschritt wurden Gemeinsamkeiten von Leibniz und Lenin aus einer eher politikwissenschaftlichen Perspektive herausgearbeitet. In Anknüpfung an Holz' Arbeiten wurde argumentiert, dass Leibniz auch in der politischen Theorie zur Lösung marxistischer Problemkomplexe gewinnbringend herangezogen werden kann. Insbesondere könne Leibniz mit seinem Wirken als Gründer von Sozietäten und seinem Anspruch, Theorie und Praxis für das allgemeine Wohl nutzbar zu machen, als Vorreiter der Lenin'schen Forderungen nach breiter Volkserziehung gelten. Thesenartig formulierte die GO Wien, die kommunistische Bewegung müsse heute das Ideal der Leibniz'schen Sozietäten übernehmen und das bürgerliche Bildungsideal aufheben. Dazu müsse sie Bildungsarbeit organisieren und als kommunistische Partei zum „ideellen organischen Gesamt-Intellektuellen“ werden. Dass der streitbare Vortrag einen Nerv traf, zeigte sich in der angeregten Debatte, die sich darum drehte, inwiefern man die Rolle der Sozietäten im Sozialismus erforschen und ihren Wissensstand bewahren müsse und ob Organisationen wie die GfdP Keime einer neuen Sozietät sein könnten.

Der Mitherausgeber der Marxistischen Blätter *Rolf Jüngermann* betonte in seinem Vortrag über „Hans Heinz Holz und der politische Leninismus heute“ die Gefahr, die dem Marxismus durch theoretischen Revisionismus erwachse. Mit ausführlichen Zitaten von Holz, Steigerwald, Losurdo, Deng Xiaoping und Fidel Castro entfaltete er einen Überblick über Fragen von Demokratie-Konzeptionen, Partei-Theorie und die Frage der Diktatur des Proletariats. Er verwies auf die Forderung von Holz, sich die Theorie Gramscis anzueignen. Der im Raum stehenden Frage, ob es seit Gramscis Tod theoretische Neuerungen im Marxismus gegeben habe,

begegnete Jüngermann nicht nur mit Hinweis auf Holz, sondern auch mit den Reformen in China unter Deng Xiaoping. Dabei wurden auch Streitpunkte und theoretische Auseinandersetzungen in der DKP, in welche Holz als langjähriges aktives DKP-Mitglied involviert war, berührt. Mitglieder der Gruppe „Kommunistische Organisation“ kritisierten unter anderem das Fehlen der Formulierung „Diktatur des Proletariats“ im DKP-Parteiprogramm. Die Diskussion führte dadurch leider von zentralen Aspekten des Vortrags weg und gestaltete sich eher unfruchtbar.

Unter dem Titel „Unerbittlicher Spiegel“ galt der letzte Vortrag dem rechtsphilosophischen Denkeinsatz von Hans Heinz Holz. Der Jurist *Alfred J. Noll* legte die Entwicklung des jungen Holz dar und stützte sich vor allem auf dessen Beitrag zum Philosophenkongress von 1950 mit dem Namen „Macht und Recht“, worin Holz ein gegenseitiges Begründungsverhältnis von Recht und Macht rekonstruierte. Noll machte einsichtig, wie sich hier Ansätze einer materialistischen Rechtstheorie finden, in der Recht historisch situiert verstanden wird. Gerechtigkeit sei nicht im positiven Recht zu suchen, sondern als gesellschaftliche Frage zu stellen. Die Hinwendung zu richtigem Recht finde erst in der Reflexion der gesellschaftlichen Funktion der Rechtsprechung statt. Noll belegte, wie stark Holz von Wilhelm Raimund Beyers Schrift „Der Spiegelcharakter der Rechts-Ordnung“ (1951) geprägt wurde. Weitere Schlaglichter fielen auf Holzens Begriff des Menschenrechts, seine Kritik an den Notstandsgesetzen in den 1960er Jahren und auf seine Verbindungen zu Wolfgang Abendroth.

Interessierte finden alle Vorträge als Audio-Aufnahme auf dem YouTube-Kanal der GO Wien der „Gesellschaft für dialektische Philosophie“ (ohne den jeweiligen Diskussionsteil).

Marc Püschel

Strategiekonferenz der Partei DIE LINKE

Kassel, 29. Februar bis 1. März 2020

Zur ersten Strategiekonferenz der Parteigeschichte traf sich DIE LINKE zwischen dem 29. Februar und dem 1. März in Kasseler Kulturbahnhof. Ohne Beschlussdruck, aber unter Beobachtung durch Medienvertreter*innen, sollte DIE LINKE zwei Tage lang ihre Strategie diskutieren. Neben der alten innerparteilichen Gretchenfrage nach Regierungsbeteiligungen wurde etwa auch über Konzepte gegen die Klimakrise, den Kampf gegen Rechts und den Parteaufbau gesprochen. Begonnen hatte die Strategiedebatte schon im Herbst des Vorjahres: nach den herben Niederlagen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen mit Verlusten von jeweils ca. 8 Prozent im Vergleich zu den Vorwahlen hatte der Parteivorstand die Durchführung der Strategiekonferenz beschlossen. Mit über 400 eingereichten schriftlichen Beiträgen zur Strategiedebatte im Vorfeld der Konferenz war die Resonanz gewaltig. Dieser Diskussionsbedarf in der LINKEN entlud sich auf der Konferenz in lebhaften Debatten.

Nach einer Schweigeminute für die Opfer von Hanau und einem kurzen Rede-

beitrag des gastgebenden Kasseler Kreisverbandes, in dem klargestellt wurde, dass bei der Konferenz die Strategie und nicht das Programm zu diskutieren ist, eröffnete der Bundesgeschäftsführer *Jörg Schindler* die Konferenz. Als Entwicklungen, die eine Strategiedebatte erforderlich machten, nannte er zuerst die wachsende Gefahr durch Rechtsterrorismus und die AfD. Auch die kaputt gesparte öffentliche Infrastruktur, die Klimakrise, Digitalisierung, wachsende Ungleichheit, Kriege und größer werdende Fluchtbewegungen hob er als Phänomene hervor, die in der Strategiedebatte zu berücksichtigen sind. Gleichzeitig sah er den Neoliberalismus der Krise. Denn dieser „geistert noch durch die Politik, aber er hat seine Überzeugungskraft verloren“. Auch vor diesem Hintergrund müsse die Funktion der 2005 als „anti-neoliberale Sammlungsbewegung“ gegründeten LINKEN teils neu bestimmt werden.

Nach Schindler folgte das Auftaktpanel, welches *Harald Wolf* (ehem. Bürgermeister und Senator in Berlin, 2017/18 kommissarischer Bundesgeschäftsführer) mit weitreichenden analytischen Thesen eröffnete. Demnach befänden wir uns heute in einer Phase, die sich mit Antonio Gramsci als Interregnum bezeichnen lasse. Diese „Zeitenwende“ sei von einer Welt in Unordnung mit „Krankheitserscheinungen“ wie geopolitischen Konflikten, Handelskriegen, einer Krise der Demokratie und dem Aufstieg des Rechtspopulismus gekennzeichnet. Gleichzeitig befänden wir uns in einer „ökonomisch-ökologischen Doppelkrise“. Das kapitalistische Wachstum habe einen Punkt erreicht, wo es die gesamte menschliche Zivilisation bedrohe. Wolf verwies auf verschiedene Szenarien für die zukünftige politisch-gesellschaftliche Entwicklung. Denkbar ist ihm zufolge entweder der Versuch eines Weiter-So, wofür Grün-Schwarz stände, ein autoritärer Kapitalismus, worauf die Rechte und zusehends die bürgerliche Mitte orientiere, oder aber ein sozial-ökologischer Systemwechsel, auf den dank des Aufschwungs diverser sozialer Bewegungen durchaus gehofft werden dürfe. In der Krise des Neoliberalismus müsste DIE LINKE nicht länger nur Abwehrkämpfe führen, sondern in die Offensive gehen.

Die Thüringer Partei- und Fraktionsvorsitzende der LINKEN *Susanne Hennig-Wellsov* plädierte in ihrem Redebeitrag für eine LINKE, die „Verantwortung“ übernimmt. Sie könne die Partei werden, die für „Haltung, Stabilität und Demokratie“ stände. Auch müsse sich DIE LINKE gegenüber der „bürgerlichen Mitte“ öffnen, auch, da diese – zumindest in Thüringen – sich „antifaschistisch orientiere“. Für die „Vernetzung von Kämpfen“, sprach sich hingegen *Daphne Weber* aus, die das Feministische Autor*innenkollektiv auf dem Panel vertrat. Dabei hob sie die Kämpfe für die Gleichverteilung unbezahlter Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern hervor. Für die Partei forderte sie ein Ende von „patriarchaler Hinterzimmerpolitik“ und eine „Praxis von unten“. *Christian Leye*, der Vorsitzende der LINKEN in Nordrhein-Westfalen, sprach sich für eine Politik mit sozialen Bewegungen, aber jenseits von moralischem Pathos, aus, welche den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Zuletzt plädierte *Rhonda Koch* (Bewegungslinke) für eine Politik, welche die Organisierung der „working class“ zum Aufbau von Klassenmacht und „proletarischer Hegemonie“ fokussiert.

Die anschließende Diskussion offenbarte, wie wenig konsensual diese sehr un-

terschiedlichen Debattenbeiträge waren. Insbesondere wurden die Beiträge von Hennig-Wellso und Leye kritisiert. Die Sprecherin der Antikapitalistischen Linken, *Lucy Redler*, griff etwa die Vorstellung eines antifaschistischen Lagers bis zur CDU und eines linken Lagers unter Einschluss der SPD und den Grünen an. *Thomas Goes*, aktiv in der Strömung der Bewegungslinken, kritisierte Leye dafür, dass er im Kampf um die Arbeiterklasse nicht bereit wäre, gegen den Rassismus in dieser Klasse zu kämpfen.

Am Abend folgte eine Diskussion über den Green New Deal mit dem Parteivor-sitzenden *Bernd Riexinger* und *Raul Zelik* vom Parteivorstand. Riexinger stellte den Green New Deal als ein massives Investitionsprogramm für den ökologi-schen Umbau der Wirtschaft vor. Der Begriff „sozial-ökologischer System-wechsel“ wäre daher für dieses „Zukunftsprojekt“ treffender aber „unerotisch“. Zelik verstand hingegen den Green New Deal nicht als Systemwechsel sondern als Sofortprogramm für die ersten 300 Tage zur Schaffung eines „Infrastruktur-sozialismus“. Auch betonte er, dass die Linke begreifen müsse, dass es keine von stofflichen Prozessen losgelöste Wirtschaft gibt, sondern der Stoffwechsel mit der Natur insgesamt reduziert werden muss. Dafür müsse sich auch „die Le-bensweise von uns allen“ ändern.

Am nächsten Tag auf dem vorletzten Podium der Konferenz diskutierten in konstruierter weitgehender Einigkeit der Thüringer Ministerpräsident der LINKEN *Bodo Ramelow*, die Vorsitzende der Bundestagsfraktion *Amira Mohamed Ali* und die Parteivorsitzende *Katja Kipping* unter dem Titel „Wie die Verhältnisse nach links verschieben“ über Regierungsbeteiligungen. Während Kipping für ein „Re-gieren in Bewegung“, d.h. Regierungsbeteiligungen, die sich auf starke Bewegun-gen stützen, plädierte, schlug Ali etwas kritischere Töne an. Zwar müsse DIE LINKE auch im Bund für Regierungsbeteiligungen offen sein, jedoch gelten die roten Haltelinien unumstößlich. Bodo Ramelow erklärte im Anschluss zwar, dass Regieren „kein Selbstzweck“ wäre, stellte aber seine Regierung zugleich als ein-ziges Erfolgsprojekt da, obwohl diese in einem „größtenteils konservativen“ Land geführt wird. Viele Konferenzteilnehmer kritisierten das Podium, weil darin nicht die Breite der Positionen in der LINKEN abgebildet wurde.

Das Abschlussplenum der Konferenz stellte hingegen die eher an der Basis orien-tierte Parteiarbeit ins Zentrum. *Katalin Gennburg* aus dem Berliner Abgeordnen-tenhaus berichtete zunächst von dem erfolgreichen Kampf für den Berliner Mie-tendeckel. Dieser sei nur durch den Bruch mit der Stellvertreterlogik und dem Zu-sammenspiel von Parlaments- und Bewegungspolitik möglich gewesen. DIE LINKE müsse auch zukünftig die Klugheit anderer ernst nehmen. Der Lan-dessprecher der LINKEN Bayern, *Ates Güpinar*, stellte anschließend heraus, dass ein Verständnis der LINKEN als Mitglieder- und Mitmachpartei zentral ist und plädierte dafür, die Mitgliederentwicklung in das Zentrum der eigenen Praxis zu rücken. *Bettina Gutperl* vom Feministischen Kollektiv präsentierte anschließend Wege um die Strukturen der LINKEN für Frauen und Queers attraktiver zu ma-chen. Die bestehenden Macht- und Konkurrenzstrukturen seien oft abschreckend, es brauche daher die Begrenzung von Ämtern und Mandaten auf 10 Jahre. Um die

Hürden für die Mitarbeit zu senken müssten Entscheidungen zudem öfters in offenen AGen anstatt in Vorständen getroffen werden. Schließlich müsse die Gesellschaftsveränderung mit der Selbstveränderung anfangen. *Jules El-Khatib* aus dem Netzwerk links*kanax trat anschließend für die stärkere Organisierung von Migrant*innen ein. Statt darüber zu reden, wie die LINKE die 12 Prozent AfD-Wähler*innen gewinne, müsse sie darüber diskutieren, wie sie über die 25 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland gewinnen kann. Auf dem Abschlusspodium stellte Riexinger heraus, dass es vier Dinge gibt, die eine erfolgreiche Partei vermeiden muss: 1. Sektierertum, 2. Opportunismus, 3. Das Verpassen der Umbrüche der Zeit, 4. Die Absenz innerer Solidarität.

Bei der Strategiekonferenz schien DIE LINKE diese Anforderungen umzusetzen, insbesondere die Klimakrise wurde von allen Teilen der Partei als Herausforderung erkannt. Gleichwohl präsentierte die Partei sich aber auch kaum geeint. Strömungen, die sich wechselseitig hinter vorgehaltener Hand Sektierertum oder Opportunismus vorwerfen, trafen aufeinander. Die Konferenz zeigte daher nicht nur die Potentiale, sondern auch die Schwierigkeiten einer linkspluralistischen Partei wie der LINKEN.

Alexander Hummel

Linke und Demokraten gegen den Kapp-Putsch 1920

Konferenz der „Hellen Panke“ e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin am 4. März 2020

100 Jahre nach dem Kapp-Putsch und dessen erfolgreicher Niederschlagung durch linke und bürgerliche Kräfte vor 100 Jahren diskutierten über 30 historisch Interessierte in der Hellen Panke über die damaligen Ereignisse und ihre Lehren.

Stefan Bollinger (Berlin) ging in seinem Eröffnungsvortrag auf die historische Situation ein. Kurz nach der Novemberrevolution hatte das Kollaborieren der MSPD-geführten Bauer-Regierung nicht nur die destruktive Spaltung der Arbeiterbewegung forciert, sondern auch die rechten Freikorps erstarken lassen. Nun, Anfang 1920, wollte die Regierung auf Grund der Forderungen des Versailler Vertrages deren Größe und Macht reduzieren, was zur Gegenwehr der Reaktion führte. Am 13. März setzte sie zum Putsch an, um der verhassten Demokratie ein Ende zu bereiten. Die Reichsregierung floh (ohne abzudanken), die Putschisten zogen in Berlin ein. Noch am selben Tag rief die alte Regierung zum Generalstreik auf. Gewerkschaften und Arbeiterparteien setzten auf den Generalstreik. Vier Tage später waren die Putschisten am Ende, denn gegen 12 Millionen streikenden Arbeiter konnten sie das Land nicht regieren. Die MSPD-geführte Regierung kam zurück, musste soziale Zugeständnisse machen und den Freikorps-Protegé Noske seines Amtes als Reichswehrminister entheben. Damit war der Kampf aber noch nicht beendet. Viele kämpfende Arbeiter wollten mehr als bloß die Rückkehr der alten Regierung, sie erstrebten noch immer eine Räterepublik. Die Regierung kämpfte erneut gegen ein vermeintlich bolschewistisches Räte-

deutschland, mit der Reichswehr und den eben noch putschenden Freikorps. Die Strafe in Form der Wahlniederlage folgte für die MSPD auf dem Fuße.

Daran knüpfte *Ronald Friedmann* (Berlin) unmittelbar an, der sich mit der Politik der gespaltenen Arbeiterparteien befasste. Während also die MSPD-Regierung entgegen der eigenen Beschlusslage zum Generalstreik aufrief, strebte die USPD die Räterepublik an. Die zu der Zeit noch recht unbedeutenden Kommunisten hingegen waren zunächst gegen beide Gruppierungen – sowohl die Reaktionäre um Kapp und Lüttwitz, als auch die MSPD-Regierung, die ja für die Morde an Luxemburg und Liebknecht verantwortlich gemacht wurde. Dieser Kurs war intern umstritten, was die Tatsache aufzeigt, dass der Aufruf zur Zurückhaltung, den die Kommunisten zunächst veröffentlichten, bei der Arbeiterschaft verhallte und schon am nächsten Tag revidiert wurde. Der Generalstreik zeigte rasch Wirkung, die Putschregierung wurde isoliert. Sie gab auf, ihre Führer flohen ins Ausland. Wie Friedmann betonte, muss das Geschehen um den Kapp-Putsch nicht nur in Bezug auf Berlin und die Führung der Arbeiterparteien betrachtet werden. Insbesondere ist die Ungleichzeitigkeit und Unterschiedlichkeit der Ereignisse in der Provinz zu betrachten. Die dortigen Abwehrkämpfe bieten viele eigene Geschichten.

Daran anschließend schilderte *Mario Hesselbarth* (Jena) den Verlauf der Ereignisse am Beispiel Thüringens. Als Land wurde es erst am 1. Mai 1920 gegründet. Vorher (und auch danach noch) war Thüringen von Kleinstaaterei geprägt. Entsprechend verliefen die Kämpfe mancherorts sehr blutig, anderswo passierte kaum etwas. Am 15. März wurde auch für Thüringen der Generalstreik ausgerufen. Es kam zu gewaltsamen Abwehrkämpfen gegen die Reaktion. In Gotha gab es z.B. am 18./19. März über 100 Tote. In Weimar, wo auch Teile der Liberalen mit zum Generalstreik aufgerufen hatten, erkämpften sich Arbeiter Waffen für spontanen Widerstand. Nachdem die Reichsregierung für den Zeitraum vom 22. März bis zum 1. April wegen einer vermeintlichen kommunistischen Räteregierung über Thüringen einen verschärften Ausnahmezustand verhängt hatte, kam es zu brutalen Racheakten von Freikorps an Arbeitern und Zivilbevölkerung. Die Morde von Mechterstädt sind eines der bekannten Beispiele. Hier ermordete am 25. März das „Studentenkorps Marburg“ auf der Durchreise 15 Arbeiter.

Dass unter den Protagonisten auf beiden Seiten fast ausschließlich Männer führend aktiv waren, berichtete *Mirjam Sachse* (Kassel). Sie arbeitet im Archiv der deutschen Frauenbewegung und hat dort für ihren Vortrag in Zeitungen des Jahres 1920 recherchiert. Allerdings betonte sie, dass unter den vielen Namenlosen im Widerstand gegen den Putsch durchaus Arbeiterinnen mitkämpften, was sich durch Opferlisten belegen lässt. Gleiches gilt für ermordete Zivillistinnen. Sachse zeigte zudem auf, dass etliche Frauen als Journalistinnen über den Putsch berichteten.

Auch *Holger Heith* (Bochum) ging auf einen lokalen Konfliktverlauf ein: Er stellte das Agieren der Roten Ruhrarmee vor. Sie erkämpfte sich Waffen und schaffte es trotz eigener Schwächen die Freikorps aus dem Ruhrpott zu verjagen. Die Ruhrarmee bestand zu einem größeren Teil aus Metallarbeitern, fast die Hälfte ihrer Kämpfer waren in der USPD, ein Drittel bei der KPD. Sie waren jung, viele von ihnen noch Jugendliche. Die antikommunistische Presse konstruierte einen

angeblichen roten Terror, die Nazis diffamierten sie später als Verbrecher und französische Agenten. In der frühen Bundesrepublik wurde die Rote Ruhrarmee nahezu verschwiegen und erst in den 1970er Jahren für die historische Forschung wiederentdeckt. Nachdem sich in den 1980er Jahren dann auch Historiker der Bielefelder Schule sich dafür interessierten, geriet die Ruhrarmee in den folgenden Jahren wieder schleichend in Vergessenheit.

Gerhard Weiß (Hamburg) meinte in seinem Beitrag, dass die Kombination aus Generalstreik und (Selbst-)Bewaffnung der Arbeiter den Sieg gebracht habe. Die beteiligten Parteien verfolgten unterschiedliche Ziele. Diese Uneinigkeit und die Enttäuschung über Ebert und Noske habe verhindert, dass nach dem Sieg über die Putschisten keine weitere Linkswende herbeigeführt werden konnte. Dass die Reaktion nicht verfolgt und bestraft wurde, sollte sich 13 Jahre später rächen. Somit war der Kampf gegen den Kapp-Putsch wohl beides: Sieg und vertane Chance zugleich.

Die Beiträge, ergänzt um einen Aufsatz von Marga Voigt (Berlin) über neu entdeckte, Clara Zetkin zuzuschreibende Texte zum Putsch, werden bei der „Hellen Panke“ publiziert werden.

Alexander Amberger

150 Jahre Rosa Luxemburg: Neue Perspektiven auf Leben, Werk und Nachwirken

Internationale Tagung der Rosa-Luxemburgs-Stiftung, Berlin, 5. bis 6. März 2020

An Rosa Luxemburgs 149. Geburtstag veranstaltete die nach ihr benannte Stiftung gemeinsam mit *Frank Jacob* (NORD-Uni Bodø) eine zweitägige Konferenz in Berlin. *Jörn Schütrumpf* (RLS) erklärte als Mitveranstalter in seiner Schlussbemerkung, dass bis 2019 stets der Todestag der Politikerin als Gedenktag fungierte. Mit dieser Konferenz solle sich der Fokus ab dem nächsten Jahr dauerhaft auf den Geburtstag verschieben.

Eingedenk dieser Transformation der Erinnerungskultur widmete sich die erste Sektion dem Leben Rosa Luxemburgs. Drei Tage vor dem Internationalen Frauentag präsentierte *Dana Mills* (Oxford Brookes University) in ihrem Eröffnungsbeitrag das Netzwerk der Weggefährtinnen, die elementar für die Rekonstruktion der Luxemburg'schen Biographie gewesen seien. Entscheidend seien hier besonders Mathilde Jacob, Luise Kautsky, Sophie Liebknecht, Rosi Wolfstein und Clara Zetkin. Die Wichtigkeit des Schriftverkehrs zwischen Luxemburg und ihrem Umfeld unterstrich *Xiaohang Zhang* (Shanghai) und er konstatierte mit Blick auf Luxemburgs Textproduktion ab 1914: „Rosa Luxemburg war eine Soldatin und ihre Waffe war der Stift.“ Ob sie wirklich eine Pazifistin oder mit Blick auf derartige Interpretationen doch vielmehr eine Antimilitaristin war, untersuchte *Johanna Panagiotou* (LMU München). Dabei habe sie im Wesentlichen die Auffassung vertreten, dass der Kampf gegen die kriegsbezogene Ausbeutung der Arbeiterklasse das oberste Ziel sozialdemokratischer Politik sein müsse.

Eine der zentralen Quellengattungen bilden neben Briefen und Postkarten die Reden Rosa Luxemburgs. *Dietmar Till* (EKU Tübingen) analysierte daher die Rhetorik der Porträtierten und stellte sie in eine Reihe weiterer berühmter Rednerinnen wie Helena Lange, Bertha Pappenheim und erneut Clara Zetkin. Luxemburg stach, so *Till*, aus dieser Reihe primär dadurch hervor, dass sie im 19. Jahrhundert als Erfolgreichste unmittelbar in die Männerdomäne der politischen Debatte eingriff. Exemplarisch sei hierfür der Revisionismusstreit mit Eduard Bernstein. *Sven Brajer* (TU Dresden) referierte über Luxemburgs kurzzeitige Chefredaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, in der sie sowohl regionalpolitisch Position bezog also auch solche übergeordneten Debatten mit ihren innerparteilichen Gegnern beeinflusste.

Darüber hinaus nahm der Austausch über die „Akkumulation des Kapitals“ (1913) breiten Raum in der Konferenz ein. *Rosa Rosa Gomes* (USP São Paulo) transferierte den theoretischen Diskurs mit ihrem Beitrag auf eine akademische Metaebene. Diesen hohen Anspruch führte auch *Malte Meyer* (Köln) fort, der die ambivalente Haltung Rosa Luxemburgs zu den Gewerkschaften und deren Reaktion darauf gegenüberstellte. Als „Gewerkschaftsfeindin“ habe sie die Burgfriedenspolitik des Ersten Weltkrieges als den „Sieg der Gewerkschaftsbeamten“ betrachtet, was von dort mit dem Signum „LS“ quittiert wurde: „Lass schwätzen!“ Ausgesprochen elaboriert war das Referat *Hedwig Liebacks* (Uni Leipzig) über Luxemburgs Standpunkte in der nun aufkeimenden Frage zur Weltrevolution. So habe sie die Probleme der Arbeiterklasse stets in internationaler Perspektive betrachtet. Doch mit Beginn des Krieges hätte sich in allen beteiligten Ländern die Mehrheit der Arbeiter vom Internationalismus abgewandt und dem „nationalistischen Kapitalismus“ zugewandt. In der Zustimmung zu den Kriegskrediten habe sie einen „Rückfall in die Barbarei“ gesehen.

Luxemburgs Leben hinterließ zweifelsohne deutliche Spuren in der deutschen Geschichte. So verwundert es nicht, dass inzwischen mehr als 40 Biographien zu Luxemburg erschienen sind. *Julia Killet* (Kurt-Eisner-Verein) präsentierte das weite Spektrum von frühen wissenschaftlichen Untersuchungen über romanhafte Erzählungen bis hin zu modernsten Elementen der Pop-Kultur. Die parallele filmische Rezeption eröffnete auch den Blick auf die DDR. Wie *Kathrin Nachtigall* (HU Berlin) aufzeigen konnte, genoss die Politikerin in der DDR (wie auch in der UdSSR) keinen wirklich guten Ruf; seit den 1920er Jahren hatte der Begriff „Luxemburgismus“ pejorativen Charakter (*Killet*). Im Thälmann-Film „Sohn seiner Klasse“ (1954) wäre sie nur in zwei Szenen zu sehen und erhielt nahezu keine Sprechgelegenheit. Dasselbe gelte für die beiden Liebknecht-Filme „Solange Leben in mir ist“ (1965) und „Trotz alledem!“ (1972).

Welchen Einfluss Leben und Werk Rosa Luxemburgs auch heute noch auf eine Politik im Zeichen internationaler Krisen hat, vermittelten besonders die Konferenzbeteiligten aus dem globalen Süden. *Jigisha Bhattacharya* (Centre for Studies in Social Sciences Kolkata) legte die Aktualität der Schriften Luxemburgs mit Bezug auf das Frauenrecht für den indischen Befreiungskampf in einem misogynen, patriarchalen und nationalistischen Herrschaftssystem dar. *Gomes* verwies auf die

Position Brasiliens als einem Spielball der Mächte zwischen China und den USA, wobei das Werk Luxemburgs der dortigen Opposition als ein Werkzeug im Widerstand gegen den aufkeimenden Neokolonialismus diene. Eine ganz vergleichbare Entwicklung skizzierte *Hernán Ouviaña* (Instituto de Estudio de América Latina y países del Caribe Buenos Aires) für die restlichen Staaten Südamerikas. Auch an ihrem Leben sei man dort konstant interessiert: So erschien erst 2019 in São Paulo die Übersetzung der Luxemburg-Biographie Paul Frölichs aus dem Jahr 1939. In Tansania findet laut *Sabatho Nyamsenda* (University of Dar es-Salaam) Luxemburgs Theoretisierung der primitiven Akkumulation des Kapitals größten Anklang und fungiere wie ein Verstärker des aktionistischen Potentials unter den Linken.

Wegweisend gestaltete sich der Versuch *Vincent Streichhahns* (MLU Halle), die Luxemburg'schen Theorien zu Natur und Umwelt für die gegenwärtige Diskussion im Rahmen des Klimawandels nutzbar zu machen. Von Robert Cohen und Max Horkheimer wäre dies bereits zum Teil vorgenommen worden. Ebenso zukunftsorientiert war die Untersuchung der Pädagogin Rosa Luxemburg durch *Sebastian Engelmann* (EKU Tübingen). So habe sich in seiner Disziplin eine konservierend-reformerische Praxis festgesetzt, der Engelmann einen befreiend-transformatorischen Theoriebegriff im Sinne Luxemburgs, aber auch Minna Spechts, Anna Siemsen, Otto Rühles und Antonio Gramscis entgegenstellte.

Bis in die Gegenwart hinein wird das Werk Rosa Luxemburgs wachgehalten und durch künftige Forschung vorangetrieben. Nicht zuletzt die unentdeckten Quellenkorpora in russischen Archiven sowie die von Holger Politt übersetzten polnischen Schriften, die jedoch noch nicht publiziert wurden, besitzen hierfür größtes Potential.

Riccardo Altieri

Klimakrise und Ökosozialismus

Marxistische Studienwoche, Frankfurt a.M., 9. bis 13. März 2020

Wie lassen sich Klima- und ArbeiterInnenbewegung zusammenführen? Diese Frage bildete den Kern der Diskussionen der diesjährigen Marxistischen Studienwoche der Redaktion Z. und der Heinz-Jung-Stiftung.

Den Aufschlag bildeten Impulsreferate von *Joshua Seger* (Uni Darmstadt), *Julia Kaiser* (Students for Future, Leipzig) und *Eike Broszkat*, JAV-Vorsitzenden von Opel-Vauxhall in Rüsselsheim: Seger stellte eine Studie zu Ansichten junger Auszubildender und Aktiven von Fridays for Future (FFF) vor. Allen gesellschaftlichen Gruppen sei Klimaschutz wichtig; FFF-Demonstranten und junge Auszubildende fühlten sich beide von den regierenden Parteien nicht vertreten – ob „Krise der Demokratie“ indes der richtige Begriff für die Erkenntnis ist, dass viele junge Menschen inzwischen kein großes Vertrauen mehr in den Parlamentarismus oder Regierungsparteien haben, scheint fraglich. Darüber hinaus bestünden einige Gemeinsamkeiten in den Ansichten junger Auszubildender und der FFF-Bewegung –

die FFF-Bewegung rekrutiere sich allerdings in erster Linie aus der Mittelschicht. Kaiser bot Einblicke in die Organisation und Aktionen von „Students for Future“, Broszkat wiederum berichtete von der Stimmung in seinem Betrieb und den Auszubildenden: Letzteren sei Klimaschutz keineswegs unwichtig, Kontakte zur Klimabewegung – oder konkrete Vorstellungen davon, was diese eigentlich genau fordert – gebe es bislang aber nicht. Für Proteste gegen Automessen sei die Belegschaft nicht zu motivieren, sicherlich aber für die Produktion weniger klimaschädliche Autos. Konzepte für solche aus der Belegschaft gäbe es bereits seit Jahren, allein: bis vor Kurzem seien sie in Schubladen verstaubt – zu teuer. Wie kommen nun die Belegschaft eines Autokonzerns, die ihren Jobs nur ungern verlieren will und eine Bewegung, die eine vollständige Verkehrswende – und damit eben nicht bloß klimafreundlichere Autos – fordert, zusammen? Mindestens bis zum Sozialismus lautet die Antwort auf diese Frage wohl „Konversion“, und es ist ein wenig schade, dass diese auch während der Studienwoche keine besondere Rolle spielte.

Dafür bot *André Leisewitz* in seinem Vortrag „Ökokoitalismus oder Ökosozialismus?“ eine gute Mischung aus naturwissenschaftlichen Fakten und marxistischer Einführung, die auch für Teilnehmer ohne Marxismus-Wörterbuch im Hinterkopf gut verständlich war. In seinem u.a. quellengeschichtlich angelegten Vortrag über „Marxismus und Naturfrage – Marx und Engels neu befragt“ erwies sich *Carl-Erich Vollgraf* als exzellenter Kenner der Marx-Engels-Werke und verband theoriegeschichtliche Bezüge mit historischen Anekdoten, was leider aber stark zu Lasten eigener Thesen und eine Bezugnahme auf aktuelle Debatten ging.

Christian Stache begründete in seinem Vortrag „Die Natur als Klassenfrage“, warum die kapitalistische Produktionsweise notwendigerweise die Ausbeutung der Natur bedingt. Das Interesse in der Diskussion im Anschluss richtete sich jedoch weniger auf seine durchaus plausible Herleitung, denn auf seine Unterscheidung von IndustriearbeiterInnen und sonstigem Proletariat. Wozu, im Gegensatz zu Marx (in den „Theorien über den Mehrwert“) Industriearbeiterinnen theoretisch von anderen Mehrwert produzierenden Arbeiterinnen zu trennen seien, ging aus dem Vortrag nämlich nicht klar hervor.

Michael Erhardt (IG Metall, Frankfurt) berichtete in seinem Vortrag „Mobilität und Transformation des Verkehrssektors, Rolle der Autoindustrie – was macht die IG Metall?“ von den Gesprächen zwischen IGM sowie FFF, *John Lütten* (Uni Jena) beleuchtete stellte unter dem Titel „Ende der Kohleindustrie – Sichtweisen von Beschäftigten in der Lausitz“ das Ergebnis qualitativer Interviews vor, die eine Forschergruppe der Uni Jena mit Kohle-Beschäftigten über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Wahrnehmung der „Ende Gelände“-Proteste geführt hatte. Die Wendeerfahrung prägte die KollegInnen der Lausitz noch heute; auf die „blühenden Landschaften“, die ihnen einst für die Zeit nach der Wende versprochen worden waren, wollten diese ungern ein zweites Mal vertrauen. Anders als einige Medienberichte vermuten ließen, sei die Mehrzahl der Kohlebeschäftigten jedoch keineswegs Anhänger der AfD oder Klimaleugner – ihre Parteizugehörigkeiten und Einstellungen zur Klimafrage decken eine große Bandbreite ab, Misstrauen gegenüber der Klimabewegung teilten jedoch fast alle. Das Gefühl, in den Fragen des Kohleausstiegs eben-

so wie in der medialen Berichterstattung zum Thema vollkommen übergangen oder abgewertet zu werden, sei stark verbreitet. Die Klimabewegung, da war man sich in der anschließenden Diskussion einig, müsse stärker auf die KollegInnen zugehen, um das empfundene „Gegeneinander“ zwischen Belegschaft und Klima-Aktiven zu überwinden. Auch hier müsste wohl die Klimabewegung die Frage nach konkreten Konversionsstrategien weit stärker in den Blick nehmen. *Katharina Schramm* beleuchtete in ihrem Vortrag „Green New Deal – Internationale Konzepte und ihre Kritik“ die Konzepte für einen Green New Deal von Labour, den Demokraten und der EU-Kommission, verglich Ziele und Maßnahmen, kritisierte jedoch auch fehlende Überlegungen etwa zur Finanzierung oder Durchsetzung.

Der anschließende gemeinsame Besuch des Biodiversitäts-Museums Senckenberg inklusive Führung und kurzem Gespräch mit dem Museumsdirektor machte noch einmal klar, welche Bedeutung der Kampf gegen die Klimakatastrophe hat: Die plastischen Darstellungen der vergangenen Massensterben und der vielfältigen Zusammenhänge zwischen Klima und Umwelt verdeutlichten die Bedeutung der klimatischen Veränderungen für die Zukunft der Erde.

Am Donnerstag schlug *Hans Rackwitz* in seinem Vortrag über die „ökologisch-ökonomische Doppelperspektive“ einen Bogen von der Kritik der Konsumkritik über die Interessen der fossilen Industrie in der Energiewende bis hin zur ökosozialistischen Perspektive. Mit vielen interessanten Thesen und Fakten angereichert ergänzte der Vortrag spannende Aspekte und bot eine gute Grundlage für die anschließende Diskussion. Ein Highlight der Woche bildete der Vortrag von *Christin Bernhold* zu „Kapitalismus, Ausbeutung und Konsumpolitik – die Fleischindustrie aus ökosozialistischer Sicht“. Bernhold berichtete von den Arbeitsbedingungen der Menschen in der Fleischindustrie, analysierte die Veränderungen auf dem Fleischmarkt und argumentierte schlüssig und ohne in Moralismus zu verfallen für eine stärkere Fokussierung der marxistischen und linken Bewegung auf den Kampf gegen das „Fleischkapital“.

Die abendliche Podiumsdiskussion zum Konzept der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen) musste anders als geplant ohne Prof. Dr. Markus Wissen stattfinden. Nach einer kurzen Einführung in das Konzept diskutierten *Christian Stache* und *Thomas Sablowski* (Institut für Gesellschaftsanalyse, RLS) das Konzept kritisch, fokussierten jedoch mehr auf die Frage des Umbaus hegemonialer Normen von Produktion und Konsumtion.

Zusammenfassend ist es den OrganisatorInnen der Studienwoche auch und gerade in diesem Jahr gelungen, ein wirklich abwechslungsreiches und interessantes Programm zusammenzutragen. Der klar spürbare Versuch, einen möglichst starken inhaltlichen Bezug auf Klassenfragen zu schaffen – sowohl in der Auswahl der Vorträge wie in den Diskussionen – ohne dabei die wichtigen Themen der Klimabewegung aus den Augen zu verlieren, schuf eine gute Grundlage für die vielfältigen und produktiven Diskussionen unter den Teilnehmenden. So bleibt abschließend nur zu sagen: Wir kommen wieder.

Stephanie Meinert